

**Fraktionen von CDU, SPD und UBG
in der Stadtverordnetenversammlung Kronberg im Taunus**

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Andreas Knoche
Rathaus

Stadt Kronberg im Taunus				
Eingang				
06. Nov. 2017				
Amt				
R	tel.	R	AE	B

Kronberg, den 02.11.2017

61476 Kronberg im Taunus

**Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und UBG
zur Bevorzugung der Kronberger Bevölkerung
beziehungsweise von Menschen, die bereits mit Kronberg verbunden sind
bei der Vergabe von bezahlbaren Wohnraum**

Sehr geehrter Herr Knoche,

bitte leiten Sie den nachstehenden Antrag den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung zu.

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Vergabe von neu zu erstellendem bezahlbaren Wohnraum die Kronberger Bevölkerung beziehungsweise Menschen, die bereits mit Kronberg verbunden sind zu bevorzugen.

Die Art der Bevorzugung soll durch geeignete Modelle (wie z. Bsp das so genannte "Einheimischenmodell") rechtssicher und transparent geregelt werden.

Die Kriterien der Bevorzugung im Rahmen der anzuwendenden Vergabemodelle sollen von Magistrat und Verwaltung gemeinsam erarbeitet werden und den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt werden.

Im Rahmen der Modelle soll dem Einkommen und dem Vermögen der Bewerber um Wohnraum eine Obergrenze gesetzt werden und der Ortsgebundenheit der Bewerber um Wohnraum eine möglichst hohe Gewichtung beigemessen werden.

Begründung


Alle Parteien sind sich einig, dass Kronberg mehr bezahlbaren Wohnraum braucht. Hierbei ist es wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass die Verteilung des zu erstellenden bezahlbaren Wohnraums zu einer realistischen Chance für alle Kronbergerinnen und Kronberger führt in Kronberg einen ihrer aktuellen Lebenssituation angemessenen Wohnraum zu finden und dies unabhängig davon, welcher Einkommensschicht sie angehören. Ebenso wichtig ist es, Menschen eine solche effektive Chance zu bieten, die mit Kronberg bereits durch Arbeit oder soziales Engagement verbunden sind und aus diesem Grund nach Kronberg ziehen möchten.

Allerdings macht Kronberg mit seiner Bevölkerung weniger als 1 % der Bevölkerung

des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain aus. Der Siedlungsdruck in dem gesamten Gebiet des Regionalverbandes ist äußerst hoch mit weiter steigender Tendenz. Da die Kronberger Flächen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eng begrenzt sind, wird der in Kronberg zu schaffende bezahlbare Wohnraum keinen nennenswerten Effekt auf den Siedlungsdruck des Regionalverbandes haben. Die derzeitigen Planungen der Stadt Frankfurt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Steinbach und Oberursel 11.000 Wohnungen zu schaffen zeigt eindeutig die unterschiedlichen Größenordnungen.

Um eine effektive Chance für Menschen, die bereits in Kronberg, Schönberg oder Oberhöchstadt leben und sich wohnlich verändern wollen oder für Menschen, die mit Kronberg bereits durch Arbeit oder soziales Engagement verbunden sind und aus diesem Grund nach Kronberg ziehen möchten, soll eine Bevorzugung dieser Bevölkerungsgruppen durch geeignete Vergabemodelle erfolgen.

Um eine möglichst breite politische Akzeptanz und darauf folgend auch eine möglichst breite gesellschaftliche Zustimmung zu dieser Vorgehensweise zu erreichen, sollen die Kriterien der Bevorzugung im Rahmen der anzuwendenden Vergabemodelle vom Magistrat und Verwaltung gemeinsam erarbeitet werden und danach den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Regelungen rechtssicher und transparent sind. Das so genannte "Einheimischenmodell" soll hierbei für die Vergabe von Baugrund und potentiell auch Wohneigentum Anwendung finden. Für die Vergabe von Mietwohnungen sollen äquivalente Vergabemodelle identifiziert und angewandt werden.



Andreas Becker



Christoph König



Erich Geisel